

DIE LINKE. Sachsen

10. Landesparteitag

D Dringlichkeitsanträge

D.1 Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in Sachsen

Beschluss des 10. Landesparteitages am 16. November 2013 in Leipzig

Der Landesparteitag beschließt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in Sachsen

Der Landesparteitag verurteilt jede Form ausländerfeindlicher und rassistischer Hetze gegen Menschen, die in der Bundesrepublik Zuflucht und Schutz vor Verfolgung und Not in ihrem Heimatland suchen. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl noch weiter aufzuweichen, auszuhöhlen oder gar - ohnehin eklatant verfassungswidrig - zu streichen.

Wir setzen uns für ein solidarisches Miteinander aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen - ungeachtet ihrer Herkunft - ein.

Wir fordern von allen politischen Handlungsträgern in Sachsen ein verantwortungsvolles und professionelles, an der Unverletzlichkeit und Unteilbarkeit der Menschenwürde orientiertes Vorgehen im Umgang mit den in Sachsen Hilfe und Zuflucht suchenden Menschen.

Die Staatsregierung muss dazu endlich ein schlüssiges und letztendlich für die Kommunen auch tatsächlich machbares sowie durchfinanziertes Unterbringungskonzept unter Beteiligung des Sächsischen Ausländerbeauftragten und des Sächsischen Flüchtlingsrates auf den Tisch legen, mit dem die berechtigten Interessen aller Betroffenen gewahrt werden.

Sachsen muss sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die geltenden asyl- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass sie eine menschwürdige Unterbringung von Flüchtlingen garantieren und die völkerrechtlichen Vorgaben der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ausnahmslos umsetzen.

Die häufig von schwersten Strapazen und traumatisierenden Erlebnissen geprägten Flüchtlinge benötigen eine umfassende psychologische, ärztliche und soziale Betreuung, die unmittelbar mit ihrer Ankunft einsetzt, für die Dauer ihrer Unterbringung zur Verfügung steht und auch darüber hinaus ihr Einleben erleichtert.

Viele Flüchtlinge möchten sich ins gesellschaftliche Leben der Kommunen persönlich und aktiv einbringen. Dazu ist es nötig, dass es ihnen ermöglicht wird, von Anfang an und ohne Einschränkungen die deutsche Sprache zu erlernen und auch einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Die derzeit geltenden Arbeitsverbote für Flüchtlinge müssen daher aufgehoben werden.

DIE LINKE in Sachsen setzt sich daher auf allen Ebenen, auf denen sie politische Verantwortung trägt, für die Umsetzung folgender Schwerpunkte ein:

- vorrangige Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen bei dezentraler Verteilung in den sächsischen Landkreisen sowie Einrichtung eines kommunalen „Umzugsmanagements“ für Flüchtlinge,

- rechtzeitige und umfassende Information der Kommunen sowie der Einwohnerinnen und Einwohner über die geplante Unterbringung in künftig ausschließlich dezentralen Einrichtungen,
- Sicherstellung der Vollfinanzierung der Unterbringung und Sozialversorgung von Flüchtlingen unter Übernahme der tatsächlichen Kosten der Kommunen durch den Freistaat Sachsen,
- Begrenzung der maximalen Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften auf drei Monate, bei Familien mit Kindern und besonders schutzbedürftigen Menschen auf sechs Wochen,
- Gewährung einer durchgängigen und professionellen sozialen Betreuung durch qualifizierte Sozialarbeiter/innen,
- Gewährleistung einer besonderen Betreuung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen und traumatisierte Menschen,
- Beteiligung der betroffenen Flüchtlinge an der Konzeptionierung von Unterkünften unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse,
- deutliche Verbesserung der Personal- und Sachkostenausstattung für die soziale und psychologische Betreuung traumatisierter und in sonstiger Weise erkrankter Flüchtlinge,
- interkulturelle Öffnung der Verwaltungen und Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter auf allen Ebenen und bei allen Entscheidungsträgern,
- generelle Abschaffung der sog. Residenzpflicht für Flüchtlinge,
- Beendigung der Benachteiligung von Flüchtlingen beim Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und Sozialleistungen
- freier Zugang für Vertreter/innen von Hilfsorganisationen und örtlichen Initiativen zu den Einrichtungen für Flüchtlinge insbesondere zur Sicherstellung von Beratungs- und Bildungsangeboten für Flüchtlinge.

Wir fordern darüber hinaus von der Sächsischen Staatsregierung - wie vom Sächsischen Ausländerbeauftragten wiederholt angemahnt - eine tatsächliche Willkommenskultur zu entwickeln, zu der auch die Einbeziehung der Bevölkerung in Sachsen gehört.

In dem Wissen, dass der gute Wille aller und eine professionelle Politik die erforderlichen Grundlagen für ein gedeihliches Miteinander bilden, werben wir bei den Bürgerinnen und Bürger in Sachsen dafür, sich auf kommunaler Ebene als dem Ort der unmittelbaren Begegnungen und des Zusammenlebens mit Flüchtlingen für ein gleichberechtigtes Leben der bei uns Zuflucht suchenden Menschen stark zu machen und jeglichen ausländerfeindlichen und rassistischen Ressentiments, mit denen Ablehnung, Angst und Unsicherheit geschürt werden sollen, eine Absage zu erteilen.

| | | |
|---|----------|-------------------|
| Entscheidung des Parteitages | | |
| angenommen: | X | abgelehnt: |
| überwiesen an: _____ | | |
| Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____ | | |
| Bemerkungen: _____ | | |

f.d.R.

Leipzig, den 16. November 2013

Tagungsleitung: _____

Antrags- und Redaktionskommission: _____